

Resolution zur Stärkung unserer Demokratie angesichts des Aufstiegs rechtsextremer und rechtspopulistischer Kräfte

Angesichts der jüngsten Entwicklungen im In- und Ausland, bei denen rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien und Bewegungen mit diskriminierenden, rassistischen und menschenfeindlichen Inhalten versuchen, Menschen auszugrenzen, die Bevölkerung zu spalten, und unsere demokratischen und rechtsstaatlichen Grundwerte zu untergraben, sehen wir als déi gréng es als unsere Pflicht, dieser Entwicklung entschieden entgegenzuwirken.

Demokratie ist kein Selbstläufer. Sie kann nur bestehen, wenn wir sie stets stärken und aktiv verteidigen. Gerade deshalb ist es wichtiger denn je, dass wir Widerstand leisten gegen jene Kräfte, die unsere Freiheiten und Werte bedrohen. Wir sehen es als unsere Verantwortung, mit einer klaren, konstruktiven und entschlossenen Haltung politische Alternativen aufzuzeigen.

Deshalb verpflichten wir uns als Partei mit dieser Resolution auf allen Ebenen dazu:

- unsere Demokratie sowie unsere Werte der Freiheit, Toleranz, Solidarität und Gleichberechtigung aktiv gegen rechte extreme und rechtspopulistische Angriffe zu verteidigen;
- uns dafür einzusetzen, dass menschenverachtende Aussagen, sowie demokratiefeindliche Aktionen und Initiativen konsequent sanktioniert werden;
- in unserer alltäglichen politischen Arbeit rechtsextreme Ideologie klar zu benennen, sie inhaltlich zu entlarven und dazu beizutragen ihre gesellschaftliche Normalisierung zu verhindern, dies unter anderem, indem wir uns klar von Personen des rechtsextremen Spektrums abgrenzen;
- uns für eine politische Bildung einzusetzen, die in Transparenz auf menschenrechtlichen Normen und demokratischen Werthaltungen beruht und das Demokratieverständnis in der gesamten Bevölkerung und in allen Altersgruppen fördert;
- für eine verbesserte Medienerziehung in den Schulen und darüber hinaus einzutreten;
- uns für einen „nationalen Aktionsplan für Demokratie“ stark zu machen, welcher in Zusammenarbeit mit Bürger*innen, Wissenschaftler*innen und Organisationen der Zivilgesellschaft ausgearbeitet werden soll;
- die politische Teilnahme aller Bürger*innen durch die Unterstützung partizipativer Prozesse und unseren Einsatz für einen institutionalisierten Bürger*innen-Rat, sowie für das Residenzwahlrecht und das freiwillige aktive Wahlrecht ab 16 Jahren zu verbessern;
- Angriffe auf die Unabhängigkeit der Justiz und andere unabhängige Institutionen zu verurteilen und Gegenmaßnahmen zu unterstützen;
- uns auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass Social Media Plattformen sich an europäische Regeln halten, indem sie Fake News und Hate Speech bekämpfen und ihre Algorithmen offenlegen;
- uns dafür einzusetzen, dass unabhängige und wissenschaftliche Fact-Checking Initiativen besser unterstützt werden;
- uns stark dafür zu machen, dass das Gesetz bezüglich der Pressehilfe in Luxemburg reformiert wird und der Medienaufsichtsbehörde ALIA und dem Presserat die nötigen finanziellen und personellen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, damit sie ihrer jeweiligen Kontrollfunktion gerecht werden können;

- die Entwicklung einer inklusiven Gesellschaft fördern, die sowohl die Vielfalt der Hintergründe ihrer Bürger*innen als auch das gemeinsame Zusammenleben in Luxemburg widerspiegelt;
- für soziale Sicherheit und wirtschaftliche Stabilität einzutreten, indem wir politische Maßnahmen unterstützen, die das Vertrauen sozial benachteiligter Menschen, der Mittelschicht, sowie kleiner und mittelständischer Unternehmen in demokratische Entscheidungsprozesse festigen;
- uns nicht auf Scheindebatten einzulassen, sondern weiterhin Politik mit Weitblick zu betreiben, die nicht auf Kosten zukünftiger Generationen geht und deshalb fakten- und problemorientiert zu handeln und in unserer Politik die langfristigen sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Herausforderungen der Gesellschaft in den Mittelpunkt zu stellen;
- im Angesicht dieser Herausforderungen, und insbesondere im Kontext der Klima- und der Biodiversitätskrise, eine investitionsorientierte Finanzpolitik voranzutreiben, anstatt mit kurzsichtigen Sparmaßnahmen gesellschaftliche Ängste zu schüren und den dringend benötigten Wandel hinauszuzögern;
- eng mit unseren demokratischen und pro-europäischen Partnern im In- und Ausland zusammenzuarbeiten, um unsere Demokratie zu schützen und zu stärken.

Nur durch eine starke Demokratie, die sich entschlossen gegen Hass, Spaltung und autoritäre Tendenzen stellt, können wir eine freie, gerechte und solidarische Gesellschaft bewahren und weiterentwickeln.